



**Niederschrift über die Sitzung des
Kreistags am 18. Juli 2016**
in der Justinus-Kerner-Halle in Welzheim

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

84 Kreisrätinnen und Kreisräte: Sturm (ab 14:17 Uhr), Heß-Naundorf (ab 14:17 Uhr), Kober (14:17 Uhr), Fazio (ab 14:20 Uhr), Heid (ab 14:21 Uhr), Holzwarth (ab 14:22 Uhr), Jenner-Wanek (ab 14:26 Uhr), Häuser (ab 14:30 Uhr), Halder (ab 14:40 Uhr), Sailer (ab 14:48 Uhr), Dr. Nopper (ab 14:50 Uhr), Beutel (bis 15:55 Uhr), Reingruber (bis 16:00 Uhr), Lenk (bis 16:45 Uhr), Auer (bis 16:46 Uhr), Kaufmann (bis 17:00 Uhr), Voral (bis 17:00 Uhr), Dr. von Pollern (bis 17:13 Uhr), Breiter (bis 17:15 Uhr), Dr. Ketterer (bis 17:28 Uhr), Heid (bis 17:31 Uhr)

Entschuldigt: Jäger, Klopfer (CDU)
Bauer, Berger (SPD)

Ferner: Erster Landesbeamter Friedrich
Dezernent/innen Geißler, Dr. Zaar Hülle Bittinger
Geschäftsführer Braune, Kreisbaugruppe
Geschäftsführer Dr. Nickel, Rems-Murr-Kliniken (Top 7, 8)
Geschäftsführer Balthasar, Abfallwirtschaftsgesellschaft (Top 2,4-6a)
Herren Beutelspacher und Straka, Drees & Sommer Top 6b)
Herr Mehnert, Landesanstalt für Umwelt, Messungen (Top 6c)
und Naturschutz BW (Top 2)
(Top 8)

Leitende Beamte und Angestellte des Landkreises

Gäste

Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 17:46 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung: 17:47 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 17:58 Uhr

§ 1

Ausscheiden von Kreisrat Ernst Dreiseitel und Nachrücken von Herrn Ulrich Bußler sowie Änderungen in der Besetzung der Beschließenden Ausschüsse sowie im Aufsichtsrat der Rems-Murr-Kliniken gGmbH und der Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH
Bereits übersandt: 2016-61-VSKA04.07.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig bei 2 Enthaltungen:

1. Es wird festgestellt, dass die Voraussetzungen für das Ausscheiden von Kreisrat Ernst Dreiseitel gem. § 12 Landkreisordnung vorliegen.
2. Es wird festgestellt, dass Herr Marco Wagner ausgeschlossen ist um nachzurücken, da er sein Amt bei der AfD niedergelegt hat und er aus beruflichen Gründen nicht die gebotene Sorgfalt für die Ausübung des Amtes aufbringen kann. Hierbei liegt ein Hinderungsgrund nach § 12 Landkreisordnung vor. Herr Wagner hat somit einen wichtigen Grund für die Ablehnung des Kreistagsmandats.
3. Es wird festgestellt, dass dem Nachrücken von Herrn Ulrich Bußler keine Hinderungsgründe nach § 24 Landkreisordnung entgegenstehen.

Landrat Dr. Sigel bedankt sich im Namen der Kreistags und auch persönlich für das ehrenamtliche Engagement von Herrn Dreiseitel für den Rems-Murr-Kreis und seine Einwohnerschaft.

Landrat Dr. Sigel heißt Herrn Ulrich Bußler in der Mitte des Kreistags willkommen und verpflichtet ihn durch Handschlag:

„Ich gelobe Treue der Verfassung, gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte des Landkreises gewissenhaft zu wahren, sein Wohl und das seiner Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Der Kreistag beschließt einstimmig im Wege der Einigung:

4. Der Umwelt- und Verkehrsausschuss wird entsprechend der in Drucksache 2016-61 dargestellten Änderung neu gebildet.
5. Der Landrat als Vertreter des Landkreises wird angewiesen in den Gesellschafterversammlungen Herrn Ulrich Bußler
 - als ordentliches Mitglied des Aufsichtsrates der Rems-Murr-Kliniken gGmbH,
 - als stellvertretendes Mitglied des Aufsichtsrates der Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH zu bestellen.Die Gremien werden entsprechend der neuen Zusammensetzung gebildet.

Auszüge:

1 Dezernat 1

1 Dezernat 2

§ 2

Immobilienkonzeption der Kreisverwaltung am Standort Waiblingen

Drucksache 2016-64a-KT18.07., 2016-64-VSKA04.07. und 2016-28-VSKA14.03.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen. Er betont einleitend, für das ehemalige Klinikareal in Waiblingen müsse möglichst bald Klarheit dahingeschaffen werden, wie es damit weiter gehe. Eine Standort-Lösung für die Landkreisverwaltung in Waiblingen müsse nicht zwingend drei Standorte umfassen. Auch ohne das Klinikgelände könne eine moderne und zukunftsfähige Immobilienkonzeption umgesetzt werden. Dies könne mit einer Sanierung am Alten Postplatz sowie Neubauten an der Röthestraße/Mayenner Strasse erfolgen.

Herr Straka, Drees & Sommer, erläutert die Immobilienkonzeption anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Landrat Sigel weist nach der Ergebnisvorstellung von Drees & Sommer darauf hin, dass die heutige Sitzung lediglich zur Kenntnisnahme der Ergebnisse und Vorträge erster Feedbacks diene. Die Diskussion werde in einer Klausurtagung des Kreistags am 19.09.2016 vertieft.

Kreisrat Sczuka führt für die CDU-Fraktion auf:

„Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus dem Kreistag, werte Gäste, sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,

mit ihrem Schreiben vom 17.08.15 haben Sie bei der CDU-Kreistagsfraktion offene Türen eingearbeitet. Nach einem ersten Gespräch Ihrerseits nach Amtsantritt, mit Vertretern der Kreisbaugruppe, der RMIM, Herrn Braune und Herrn Krahn weisen Sie auf eine Führungskräfteklausur im Oktober 2015 hin und dass der Zeitplan bei der Umsetzung des Verwaltungsneubaus am ehemaligen Klinikareal in Waiblingen angepasst wird. Die CDU-Kreistagsfraktion hat dieses Vorgehen unterstützt und in unserem Antrag zum Haushalt 2016 vom 16.11.15 unter Ziffer 8 bekräftigt. Es muss zunächst ein Gesamtimmobilienkonzept erstellt werden, bevor in einem Verwaltungsneubau in zweistelliger Millionenhöhe investiert wird. So unsere damalige und wir meinen aus heutiger Sicht absolut richtige Haltung. Dank auch an dieser Stelle an Drees & Sommer für die Präsentation. Denn die Ergebnisse zeigen: das war richtig und gut. Auch wenn Einzelne versuchen, die Verwaltung und den Kreistag zeitlich unter Druck zu setzen, müssen wir uns sehr genau die Abläufe, örtlichen Gegebenheiten

und die Wirtschaftlichkeit ansehen. Wir wollen kein weiteres finanzielles Abenteuer des in Baden-Württemberg am höchsten verschuldeten Landkreis Rems-Murr-Kreis, mit der höchsten Kreisumlage. Eines können wir heute aber auch bekräftigen und mit der Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Kreisverwaltung dokumentieren: Waiblingen wird der Zentrale Ort der Kreisverwaltung bleiben und die Hausadresse Alter Postplatz 10 wird nicht in Frage gestellt. Dies wurde bei den Variantenüberlegungen beim Neubau eines Verwaltungsgebäudes klar herausgearbeitet. Nichts desto trotz kommt auf den Kreis eine gewaltige Aufgabe zu. Die CDU-Kreistagsfraktion wird deshalb auch in der Zukunft nur eine Lösung mittragen können, bei deren Umsetzung kein Zeitdruck entsteht und die finanziell leistbar ist. Deshalb erwarten wir bei der endgültigen Beschlussfassung im Herbst im Kreistag, nachdem wir uns in der Klausur intensiv mit den Lösungsvarianten auseinandergesetzt haben, dass nicht nur eine Kostengegenüberstellung der Varianten erfolgt, sondern auch ein Finanzierungsvorschlag.“

Kreisrat Kelemen führt für die SPD-Fraktion aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

fast macht es ein wenig Sorge, dass wir heute über ein neues Bauprojekt des Rems-Murr-Kreises eine erste Richtungsentscheidung treffen sollen. Vermutlich ist es niemandem so richtig wohl dabei. Haben wir doch die Krankenhausentscheidung finanziell noch nicht verdaut, sowohl was die Baukosten als auch die Betriebsführungsdefizite angeht. Dazu kommt, dass der Umfang weitere Kosten am Standort Schorndorf, dessen Wichtigkeit und Bedeutung wir ausdrücklich unterstreichen, unklar ist und erst nach der Erstellung des medizinischen Konzeptes definiert werden kann und wird. Ich erinnere daran, weil all diese Themen immer sofort auch die Kreisumlage berühren. DAS Thema der jährlichen Haushaltsberatungen. DAS Thema, welches unsere Städte und Gemeinden umtreibt, die uns bekanntermaßen im Wesentlichen finanzieren. Wir können jedoch nicht „Lieber etwas abwarten als gar nichts tun“ (Manfred Rommel). Die Sitzungsvorlage und die vorbereitenden Gespräche haben ja das Problem klar aufgezeigt. Gestiegene und weiter steigende Aufgaben der Kreisverwaltung und damit einhergehende Steigerung der Mitarbeiterzahl. Zug um Zug organisiert durch anmieten weiterer Gebäude bzw. Räumlichkeiten. So ist eine unwirtschaftliche Situation entstanden, sowohl beim Gebäudeunterhalt als auch den Arbeitsabläufen. Die Bürgerschaft hat jedoch das Recht auf eine effizient organisierte Betreuung mit optimalen Strukturen und kurzen Wegen. Deshalb sagen wir klar Ja. Ja, zum Standort „Alter Postplatz“ als zentrale Zentrale in der Stadt Waiblingen und im Kreis, gut angebunden durch den ÖPNV. Ja, zu den definierten Meilensteinen

und dem Zeitplan. Wir favorisieren dabei eine 2-Standort-Lösung, wobei wir den Standort Mayenner Straße/Rötestraße präferieren. Auch ist es uns sehr wichtig, dass bei der Planung ein mögliches Wachstum der Mitarbeiterzahl mit bedacht wird. Die Bevölkerung nimmt zu, davon ist absolut auszugehen, die Betreuungssituation im Jugendamt und im Sozialamt nimmt zu, da neue Mitarbeiter/innen eingestellt werden. Also lasst uns das nicht auf Kante genäht planen. Es muss natürlich so geplant werden, dass wir für ein paar Jahre eine gewisse Raumreserve haben. Selbst wenn wir zunächst einmal ein paar Zimmer vermieten. Dies ist ja in Waiblingen sicher kein Problem. Zum Schluss sei angemerkt, dass die unter Punkt IV subsumierten Überlegungen ein schönes Signal an die Kreisräte und die Bevölkerung sind. Hier möchte ich die Landkreisverwaltung lobend erwähnen. Es wurden die unterschiedlichen Fakten, die alle zu betrachten und abzuwägen sind, sachlich richtig und kompakt zusammengetragen. Das ist eine erste wichtige Grundlage dafür, dass es am Ende zu einer guten Entscheidung kommt.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Kreisrat Hesky legt für die Fraktion der Freien Wähler dar:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

heute haben wir zum ersten Mal in öffentlicher Sitzung erfahren, wie es um die im Eigentum des Kreises befindlichen Immobilien in der Kreisstadt Waiblingen bestellt ist. Für diesen umfassenden Einblick danken auch wir Freien Wähler sehr herzlich. Nun liegen die Fakten auf dem Tisch, die da lauten: Auch nichts zu tun, kostet Geld. Unter Umständen sogar mehr Geld, als nun zu handeln. Daher gilt es, die richtige Handlungsoption zu wählen, die für den Landkreis die meisten positiven Effekte bringt. Daran hat auch die Stadt Waiblingen ein Interesse, denn schließlich darf Waiblingen mit Fug und Recht behaupten, zwar nicht Mitbauherr, aber durchaus einer der Hauptgeldgeber des Kreises zu sein. Wenn man den Blick auf die Gesamtkalkulation von Drees & Sommer wirft, wird klar, der Kreis kann sein Geld weiterhin in kleine Maßnahmen stecken, um Flickschusterei zu betreiben - oder wir können uns auf den Weg machen, um in einigen Jahren eine geordnete Situation im Immobilienbereich zu erhalten. Diese Chance gilt es zu nutzen. Nur wenn wir das tun, ist es auch zu rechtfertigen, dass wir seit einem Jahr einen Baustopp auf dem Areal des ehemaligen Kreiskrankenhauses in Waiblingen zu verzeichnen haben. Für das Sozialdezernat wäre es eine gute Lösung gewesen. Doch nun haben sich im Gegensatz zum Juli 2015 manche Geschäftsgrundlagen geändert. Es lohnt sich, diese herauszuarbeiten, um nachvollziehen zu können, warum man einen einge-

schlagenen Weg verlässt. Zu den Geschäftsgrundlagen des Städtebaulichen Wettbewerbs gehörte die Annahme, dass auf dem Klinikareal „nur“ das Sozialdezernat mit anfänglich rund 250 Arbeitsplätzen, die dann im Laufe der Planung auf 350 Arbeitsplätze erhöht wurden, vorgesehen war. Durch die Überprüfung der Planungen durch Drees & Sommer erhöhte sich die Anzahl auf rund 460 Arbeitsplätze, die untergebracht werden können. In den ursprünglichen Plänen war also Luft, die herausgelassen wurde. Wobei sich die Frage stellt: Tut es einem Wohngebiet gut, wenn 460 Arbeitsplätze mit dazugehöriger Parkierung in einem knapp 100 Meter langen Riegelgebäude in seinem Rücken stehen? Oder bekommt man den Schall von der Winnender Straße nicht auch anders in den Griff? Des Weiteren hat sich noch eine wesentliche Geschäftsgrundlage geändert: Bei den Plänen, die wir heute vorgestellt bekamen, wurde klar, dass es nicht mehr um das Sozialdezernat allein geht. Der Kreis hat alle in Waiblingen angesiedelten Dienststellen in den Blick genommen. Das ist der wirklich neue Aspekt, der uns zum Neuüberlegen bringt. Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel, es war Ihre Vorgabe, nach Abschluss der Immobilienkonzeption möglichst wenige Standorte für die gesamte Kreisverwaltung in Waiblingen zu haben. Ich danke Ihnen, insoweit spreche ich als Kreisrat und OB, dass die Stadt Waiblingen in Ihre Überlegungen eingebunden ist, denn Kreis und Stadt sitzen doch in einem Boot, zumal der Landkreis im Wort aus dem Jahr 2008 steht, dass bei der Vermarktung des Krankenhausareals eine intensive Zusammenarbeit mit der Stadt Waiblingen eine hohe Priorität hat. Die Überlegungen sind richtig, die Bereiche mit hoher Publikumsfrequenz, auch das Sozialdezernat, am Alten Postplatz zu zentralisieren. Das ist schlüssig und sinnvoll. Im Hinblick auf die Frage, ob denn nun die anderen Dienststellen des Landkreises an die Winnender Straße oder an die Mayenner Straße kommen, muss man mehr als die Bürogebäude des Landkreises in die Waagschalen werfen, um zu einer ausgewogenen Lösung zu kommen. Dazu gehört auch der Blick auf die notwendigen Mittel, wann sie bei welcher Variante erforderlich sind und welche Variante auch zeitliche Streckungen ermöglicht, um auf die Leistungsfähigkeit der Kreisumlagezahler Rücksicht nehmen zu können. Aus Sicht von uns Freien Wählern bietet daher die Variante 4 die beste Handlungsoption. Der Einstieg in diese Lösung ist mit vertretbaren Mitteln zum Neubau eines Bürogebäudes an der Rötestraße machbar. Die weiteren Maßnahmen sind dann peu à peu finanzierbar, denn die erforderlichen 17, 28 und 29 Mio. Euro sind im Vergleich mit den sonst als Rems-Murr-Währungseinheit üblichen 90 Mio. Euro fast schon als homöopathische Dosen zu bezeichnen. Natürlich, die Variante 4 hat nicht nur Vorteile. Aber das hätte die Variante 3 auch nicht. Alle anderen werden auch von uns Freien Wählern ausgeschlossen, auch die Variante 0, nichts zu tun. Der Gemeinderat der Stadt Waiblingen hat eine grobe Information zum Immobilienkonzept erhalten. Dem Gemeinderat war wichtig, dass die Aufgabe des Dienstleistungsstandorts am ehemaligen Klinikareal mit einem verbindlichen Kreistagsbeschluss einhergeht, das Sozialdezernat am Alten Postplatz anzusiedeln, um auch positive Synergieeffekte für die Innenstadt zu erzielen. Dieser Beschluss

steht heute noch nicht an. Aber erst wenn dieser Beschluss gefasst ist, und wir dürfen ihn nicht auf die lange Bank schieben, kann der Bebauungsplan für das ehemalige Klinikareal so geändert werden, dass auf der gesamten Fläche Wohnungsbau möglich wird. Wir Freien Wähler werden die Überlegungen weiter begleiten und freuen uns vor allem darüber, dass es nun endlich weiter geht, um die Zeit von Spekulationen und Unsicherheit möglichst rasch zu beenden.“

Kreisrätin Brodersen erklärt für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen:

„Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste,

Wir alle kennen das: Man erkennt ein Problem, man sieht eine Lösungsmöglichkeit und man legt los mit der Planung. So war es auch hier bei uns im Kreis: Es wurde deutlich, dass neue Räume für das Sozialdezernat benötigt werden. Das ehemalige Klinikareal Waiblingen bot sich für eine zeitnah Bebauung an, die gleichzeitig die Zusammenlegung vieler kleinerer angemieteter Räume ermöglicht hätte. Und der Kreistag hat entschieden, Konkretes zu erarbeiten. Dies erfolgte zielstrebig, aber nicht überstürzt. Es wurden Daten vom IST-Stand erhoben und der voraussichtliche Bedarf sorgfältig ermittelt. Wir schauten uns einige Beispiele in der näheren Umgebung an und so wurden die Vorstellungen von einem neuen Sozialdezernat mit Jugendamt immer konkreter. Dabei hatten wir die anderen Verwaltungsgebäude nicht im Fokus und in unsere Überlegungen nicht einbezogen, da dort kein akuter Handlungsbedarf vorlag. Herr Landrat, Sie ersparten uns diesen Blick nicht und forderten eine Gesamtbetrachtung aller Immobilien für die Landkreisverwaltung. Und das war gut so. Nun liegt uns eine differenzierte Analyse über alle Liegenschaften vor, hinterlegt mit vielfältigen Daten wie z.B. Flächen, Arbeitsplätze, aktuelle Kosten und dem voraussichtlichen Investitionsbedarf in den nächsten 50 Jahren. Dazu wurden fünf neue Varianten entwickelt, mit unterschiedlicher Gesamtgröße und an unterschiedlichen Standorten. Für alle wurden die voraussichtlichen Kosten kalkuliert. Das ist eine gute Grundlage. Am meisten überrascht hat mich die Feststellung, wie teuer es wäre, auf einen Neubau ganz zu verzichten und nur bei Bedarf, Sanierungsmaßnahmen an bestehenden Gebäuden durchführen. Es würde nichts gespart, man hätte aber die schlechtesten Arbeitsbedingungen und weiterhin alte Immobilien. Der Standort Waiblingen als zentrale Landkreisverwaltung (mit den kleinen Außenstellen in Backnang und Schorndorf) ist für uns selbstverständlich, ebenso die Erhaltung der Gebäude am Alten Postplatz. Das wird aber nicht reichen. Besonders interessant erscheinen uns Grünen die Variante 3 – mit einem Neubau auf dem Klinikareal, oder die Variante 4 mit jeweils einem Neubau in der Mayenner Straße und in der Rötestraße. Bei beiden Modellen schaffen wir genügend Arbeitsplätze für die Zukunft zu einem vernünftigen Preis. Die voraussichtliche Entwicklung unsere Mitarbeiterschaft ist ein wichtiges Kriterium bei der gesamten

Planung und den anstehenden Entscheidungen. Niemand kann aber vorhersagen, ob sich die Aufgaben des Kreises erweitern oder reduzieren, ob für die Erfüllung der Arbeiten mehr oder durch technischen Fortschritt vielleicht auch weniger Personen benötigt werden. Deshalb muss zwar ein Stellenzuwachs eingeplant werden, aber wir sollten dabei nicht übertreiben. Die Einplanung von 10% Wachstum erscheint uns ausreichend, besonders wenn man berücksichtigt, dass auch für die vielen Teilzeitkräfte jeweils ein eigener Arbeitsplatz eingeplant wurde. Ebenso werden Veränderungen der Arbeitszeitmodelle mit mehr Flexibilität durch Möglichkeiten wie z.B. Home-Office eher zu einem geringeren Bedarf an Arbeitsplätzen führen. Überrascht haben uns die angestrebten Stellplatzkapazitäten. Die Mobilitätskonzepte der Menschen verändern sich. Besonders die junge Generation (unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von morgen) hat eine andere Beziehung zum eigenen Auto. Öffentliche Verkehrsmittel werden mehr genutzt und dies ist auch in unserem Interesse, denn es passt gut in unser Klimaschutzkonzept. Hier sollten wir mehr Anreize schaffen. ÖPNV-Nutzer benötigen keinen Stellplatz und auf dem Raum für nur wenige Parkplätze könnte beispielsweise mit einer e-bike-Station ein interessantes Mobilitätsangebot geschaffen werden. Auch das Projekt „bike & work“, bei dessen Umsetzung wir Firmen unterstützen, sollte im eigenen Haus bei der Kreisverwaltung selbstverständlich sein. Ich fasse zusammen: Die Kreistagsfraktion B90/Die Grünen begrüßt ein Gesamtimmobilienkonzept am Standort Waiblingen mit weiterhin einem Standort „Alter Postplatz 10“. Nach derzeitigem Sachstand halten wir die Varianten 3 und 4 für besonders interessant, deshalb sollten sie weiter verfolgt werden. Wir bitten, die Entwicklung zu flexibleren Arbeitszeiten und die Veränderungen bei den Mobilitätskonzepten in der weiteren Bauplanung zu berücksichtigen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Kreisrat Lenk nimmt für die FDP-FW-Fraktion wie folgt Stellung:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel, liebe Kreistagskolleginnen und -kollegen, verehrte Gäste,

da schon vieles gesagt ist, möchte ich mich auf einige für unsere FDP/Freie Wähler – Fraktion wesentliche Punkte beschränken: Einerseits können auch wir die in Waiblingen aufgetauchten Sorgen und Bedenken nachvollziehen, wenn der auch durch die Berichterstattung in der Presse aufgekom-

mener Eindruck von einer „Hängepartie“ insbesondere im Blick auf die Nutzung des Grundstücks im alten Krankenhausareal entlang der Winnender Straße beklagt wird. Andererseits möchte unsere Fraktion Ihnen, sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel ausdrücklich dafür danken, dass Sie diesen „fast schon eingetüteten Baubeschluss“ für das soziale Landratsamt nochmals kritisch hinterfragt und auf den Prüfstand gestellt haben. Es war absolut richtig und notwendig, zuerst ein Gesamt-Immobilienkonzept für den Standort Waiblingen zu erstellen, bevor man einfach an einer Stelle angefangen hätte zu bauen. Schließlich geht es um eine Entscheidung von großer auch finanzieller Tragweite für unseren Landkreis, der sich diesbezüglich eh in einer ausgesprochen prekären Lage befindet. Insofern brauchen wir als Kreisräte eine belastbare „Wirtschaftliche Bewertung“. Wie in der Vorlage richtig bemerkt, (ich zitiere) „muss die Frage nach der Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit“ sowohl für die Verwaltung, aber auch für alle Kreisräte das „zentrale (man könnte auch sagen entscheidende) Entscheidungskriterium“ sein. Weil dies alles Zeit braucht und hier „Sorgfalt vor Schnelligkeit“ geht, möchten wir die Waiblinger einfach noch um etwas Geduld bitten. Allerdings muss dann nach der Klausurtagung am 18. September spätestens in der Sitzung des Kreistags am 17. Oktober eine Entscheidung fallen, die konsensfähig ist und die sowohl der Stadt Waiblingen als auch uns als Kreis Planungssicherheit gibt. Nach all dem, was wir schon heute wissen, wird es auf eine „2-Standort-Lösung“ hinauslaufen. Unstrittig ist in unserer FDP/Freie Wähler-Kreistagsfraktion, dass der „Alte Postplatz 10“ als „Sitz der Landkreis-Zentrale“ und der „publikumsintensiven Bereiche“ (zu denen wir übrigens auch das Sozialdezernat zählen) alternativlos gesetzt ist. Insofern wird unsere FDP/FW-Fraktion der Beschlussvorlage vollumfänglich zustimmen. Wir setzen auf eine Lösung, die einerseits funktional, andererseits aber für unseren Rems-Murr-Kreis auch finanziell leistbar ist.“

Kreisrat Kober bittet um Auskunft, wie man auf eine Raumgröße 12 m² komme.

Herr Beutelspacher antwortet, dies sei eine mittlere Durchschnittsgröße basierend auf anderen Projekten, die zwischen 9 – 14 m² liegen. Der Wert sei angenommen worden, da es noch evtl. Unwägbarkeiten im Gesamtflächenbedarf geben könne.

Kreisrat Gruber bittet um Klarstellung, dass die Varianten mit einem Zins 0 % sowie Baukostensteigerung 0 % und Mietpreissteigerung 0 % gerechnet worden seien. Außerdem interessiere ihn, ob sich ein ähnliches Ergebnis bei der Wirtschaftlichkeit ergebe, wenn 2 oder 3 % angenommen würden.

Herr Straka bestätigt dass Preissteigerungen gerechnet worden sei. Die Betriebskosten würden auch in 10 Jahren gleich sein. Man habe aber auch keine Diskontierung vorgenommen was bedeute, dass 10 Mio. Euro in 50 Jahren noch immer 10 Mio. Euro wert seien. Bei einer Wirtschaftlichkeitsanalyse mit Steigerung und Diskontierung, ändere dies an der Wirtschaftlichkeit der einzelnen Varianten kaum etwas.

Landrat Dr. Sigel hebt hervor, es sei darum gegangen, überhaupt einen Blick auf die Kosten, die entstehen würden, zu erhalten. Eine verschärfte Analyse erfolge, wenn die Planungen konkret würden.

Kreisrat Riedel verweist auf die Verkehrsanbindung in Anlage 2. Hier komme man bei Verkehrsanbindung und Zentralität zu unterschiedlichen Beurteilungen. So sei bei der Variante 4 wohl nur der Individualverkehr betrachtet worden und die optimale ÖPNV-Anbindung am Alten Postplatz nicht.

Landrat Dr. Sigel erklärt, die Verkehrsanbindung bei Variante 4 habe mindestens einen gelben Bewertungspunkt verdient, zumal man in der Mayenner Straße direkt an der S-Bahn liege.

Geschäftsführer Braune weist ergänzend darauf hin, dass sich die Einschränkung nur auf den Standort Röthestraße beziehe und nochmals eine Ausdifferenzierung erfolge.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig:

1. Der Kreistag nimmt von der Ergebnisvorstellung und den ausgearbeiteten Varianten zur Gesamt-Immobilien-Konzeption am Standort Waiblingen Kenntnis.
2. Der Kreistag bekennt sich zum Verwaltungsstandort „Alter Postplatz 10“ in Waiblingen, unabhängig davon, welche hierzu ergänzenden Standorte (Mayenner Straße oder Winnender Straße) weiter verfolgt werden.

Auszüge:

1 Dezernat 1
1 Amt für Beteiligung und Immobilien
1 Kreisbaugruppe

§ 3

Stellenschaffung zur Betreuung und Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Ausländer/innen (UMA)

Bereits übersandt: 2016-47a-VSKA04.07. und 2016-47-VSKA25.04.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksachen.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag bei 1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den dargestellten Stellenbedarf gemäß Variante 2b (Drucksache 2016-47-VSKA25.04.) und eine Stelle Sachbearbeitung für Bildungs- und Teilhabeleistungen im Kreissozialamt umzusetzen und die erforderlichen Stellen (20,5 VZÄ), im Vorgriff auf den Stellenplan 2017, zu besetzen, um eine Aufgabenerledigung sicherzustellen.

Auszüge:

- 1 Dezernat 5
- 1 Kreisjugendamt
- 1 Kreissozialamt
- 1 Dezernat 1
- 1 Haupt- und Personalamt

§ 4

Gesellschafterdarlehen an die Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH;

hier: Weiterleitung von KfW-Mitteln zur Finanzierung einer GUK in Kernen-Rommelshausen

Drucksachen 2016-66a-KT18.07. und 2016-66-VSKA04.07.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksachen.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig bei 2 Enthaltungen:

1. Der Rems-Murr-Kreis nimmt von der KfW aus dem Programm 208 „IKK – Investitionskredit Kommunen“ ein Darlehen in Höhe von 1,75 Mio. € auf. Die Zinskonditionen betragen tagesaktuell 0,16 % p.a. für ein Darlehen mit 10 Jahren Laufzeit (Zinsbindung 10 Jahre).
2. Der Rems-Murr-Kreis leitet das KfW-Darlehen mit 1,75 Mio. € zu denselben Konditionen an die Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH durch. Die Kreisbaugesellschaft finanziert damit zum Teil die Flüchtlingsunterkunft in Kernen-Rommelshausen, Friedhofstraße.
3. Das Gesellschafterdarlehen zur Finanzierung von Gemeinschaftsunterkünften in Höhe von 1,75 Mio. € soll über die Eintragung einer Grundschuld in das Erbbaurechtsgrundbuch auf dem Grundstück in Kernen-Rommelshausen abgesichert werden.
4. Die Restfinanzierung von 0,25 Mio. € wird durch Eigenmittel sichergestellt.

Auszüge:

- 1 Dezernat 1
- 1 Amt für Finanzen
- 1 Amt für Beteiligungen und Immobilien
- 1 Kreisbaugruppe



§ 5

Kapitalerhöhung an der Rems-Murr-Kreis-Immobilien-Management GmbH

Drucksachen 2016-50a-KT18.07. und 2016-50-VSKA25.04.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksachen.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig:

Weisung an den Vertreter des Landkreises in den Gesellschafterversammlungen entsprechend der in der Drucksache 2016-50a dargestellten Absicht abzustimmen.

Auszüge:

1 Dezernat 1

1 Amt für Finanzen

1 Amt für Beteiligungen und Immobilien

1 Kreisbaugruppe

§ 6

Bericht der Geschäftsführer sowie Erteilung von Weisungen an den Landrat für die Gesellschafterversammlungen der

a) Kreisbaugesellschaft Waiblingen mbH

b) Rems-Murr-Kreis Immobilien-Management GmbH

c) Rems-Murr-Gesundheits GmbH & Co. KG

Drucksache 2016-67a-KT18.07. und 2016-67-VSKA04.07.

d) Rems-Murr-Kliniken gGmbH

Drucksache: 2016-68a-KT18.07. und 2016-68-VSKA04.07.

e) Abfallwirtschaftsgesellschaft des Rems-Murr-Kreises mbH

Drucksache: 2016-79a-KT18.07. und 2016-79-UVA11.07.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksachen.

Geschäftsführer Braune erläutert die Geschäftstätigkeit der Kreisbaugruppe anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Kölz, CDU-Fraktion, lobt die zwischenzeitliche Entwicklung der Kreisbaugruppe zu einem modernen, expandierenden Dienstleistungsunternehmen. Dem Aufsichtsrat sei jedoch wichtig, dass ein „gesundes“ Wachstum stattfindet und die Ertragskraft das Eigenkapital entsprechend dotiere. Da man aber stark wachse und sich die Bilanzsumme bis zum Jahresende 2015 auf über 100 Mio. Euro gesteigert habe, könne die Eigenkapitalentwicklung zwar nicht ganz Schritt halten, die sei jedoch so geplant. Der Aufsichtsrat werde gut und umfassend informiert. In der kommenden Woche werde auch eine Besichtigung der aktuellen Projekte erfolgen.

Kreisrat Kelemen, SPD-Fraktion, stellt erfreut fest, dass seit einigen Jahren wieder Sozialer Wohnungsbau durch die Kreisbaugesellschaft stattfindet. Das helfe auch darüber hinweg, dass alter Bestand verkauft werden müsse, um neuen zu generieren. Er begrüße auch, dass das Plünderhäuser Modell im Kreis Schule mache, nachdem die Kommunen die Grundstücke geben würden und die Kreisbau dort günstige Wohnungen baue. Die Städte und Gemeinden hätten ein Mitspracherecht bei der Belegung. Dafür gebe es günstige Fördermittel des Landes. Positiv sei auch die Abnahme der Krankenhausareale in Waiblingen und Backnang, deren Zwischenfinanzierung und deren Vermarktung, der Bürgerschaft zu Gute komme und einer neuen Nutzung zugeführt werde. Aber auch Gesundheitszentren und Parkhäuser würden geplant, gebaut, vermietet, und vermarktet. In Waiblingen-

gen werde es Wohnungsbau in guter Innenstadtlage auf dem Krankenhausareal geben und in Backnang werde das Gelände guten, neuen Nutzungen zugeführt. Nicht zuletzt das Thema Flüchtlingsunterkünfte werde mutig angepackt. Auch bei der Schaffung von Pflegeheimplätzen wirkt die Gruppe mit. Daneben werden über das Bauträgersgeschäft und die Immobilienverwaltung auch noch Erträge generiert, die wiederum der Allgemeinheit zu Gute kämen. Außerdem wird die Kreisverwaltung durch die RMIM bei der Immobilienverwaltung entlastet. Der positive Jahresabschluss sei ebenfalls anerkennenswert. Deshalb sei es richtig, dass alle Fördertöpfe anzuzapfen und ggf. zu bürden, um die Kreisbaugruppe mit den nötigen Mitteln für ihre gute und wichtige Arbeit auszustatten.

Kreisrat Jasper, Fraktion der Freien Wähler, bedankt sich bei den Geschäftsführern sowie den Mitarbeiter/innen der Kreisbaugruppe für ihre Leistung. Er führt aus, die frühere Kreisbaugesellschaft Waiblingen, die 1949 zur Erstellung moderner Wohnungen sowie für die Verwaltung von Immobilien gegründet worden sei, habe sich in den letzten Jahren zu einem respektablen „Multi-Player“ entwickelt. Der Verbund aus den drei Gesellschafts-Säulen decke alle Felder und Anforderungen unter dem Motto "Räume für Menschen" ab. Neben dem Bau von eigenen Mietwohnungen und der Verwaltung zahlreicher Wohn- und Gewerbeeinheiten für Dritte, biete sich die Kreisbaugesellschaft auch als Bauträger und Projektentwickler an. Seit dem massiven Zuzug von Flüchtlingen sei die RMIM auch für immobilienwirtschaftliche Prüfung aller Liegenschaften im Kreis für die Flüchtlingsunterbringung zuständig. Die Bewirtschaftung der kreiseigenen Einrichtungen stehe ebenso im Portfolio der Kreisbaugruppe, wie die Erstellung von Pflegeheimen und die Unterstützung von städtebaulichen Projekten im gesamten Kreisgebiet. Die Rems-Murr-Gesundheits GmbH sichere die medizinische, pflegerische und therapeutische Infrastruktur für die Menschen im Kreis. Dabei betreibe sie die Gesundheits-Zentren, mit über 80 niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten.

Kreisrätin Besa, Fraktion Bündnis 90/Grüne, bedankt sich bei allen Mitarbeiter/innen für die geleistete Arbeit, um Räume für Menschen zu schaffen. Besonders erfreulich sei für sie, dass die Berücksichtigung ökologischer Aspekte bei der städtebaulichen Entwicklung berücksichtigt werde und das langfristig angelegte Projekt zur Schaffung von sozialem Wohnungsbau. Allen Mitarbeiter/innen, die bei der schnellen Unterbringung von Flüchtlingen und der erfolgreichen und friedlichen Aufnahme beigetragen haben, spricht Frau Besa einen besonderen Dank aus. Gleichzeitig lobt sie auch das Vorgehen der Kreisbaugesellschaft bezüglich der Anschlussunterbringungen. Bezüglich der Rems-Murr-Gesundheits GmbH führt sie an, dass die noch freien Kapazitäten in Winnenden zeitnah belegt werden sollen.

Kreisrat Treiber nimmt Stellung für die FDP-FW-Fraktion und signalisiert, dass man der Beschlussvorlage zustimme. Er bedankt sich bei den Mitarbeiter/innen der Kreisbaugesellschaft sowie bei Herrn Braune für die geleistete Arbeit. Kreisrat Treiber lobt das gute Ergebnis mit einem Volumen von 100 Mio. Euro Umsatz der Kreisbaugesellschaft, wobei das schnelle Wachstum für den Aufsichtsrat auch mit Risiken verbunden sei. Er betont die Wichtigkeit der Unterbringung von Flüchtlingen und den sozialen Wohnungsbau. Da die Altersarmut in Zukunft zunehmen werde, führe dies auch zu neuen Aufgaben und Problemen führt Kreisrat Treiber die in Zukunft wichtige Bedeutung und die damit verbundenen neuen Probleme und Aufgaben. Die Kostenentwicklung sei laut Risikobewertung kein Problem, da die Baukosten moderat steigen würden, die Vermarktung aber auch nach oben gehe.

Der Kreistag nimmt den Bericht der Geschäftsführung zur Kenntnis und beschließt einstimmig:

Weisung an den Vertreter des Landkreises in den Gesellschafterversammlungen der Kreisbaugruppe entsprechend der in den Zusammenfassungen Drucksache 2016-67a dargestellten Absicht abzustimmen.

Geschäftsführer Dr. Nickel erläutert die Geschäftstätigkeit der Rems-Murr-Kliniken gGmbH anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrätin Dr. Ulfert, CDU-Fraktion, bedankt sich für den Lagebericht und bei der Belegschaft für deren Engagement. Das operative Ergebnis der Rems-Murr-Kliniken sei durch die Zuwächse in Winnenden und Schorndorf grundsätzlich positiv zu sehen. Der negative Ertrag von Minus 8,9 Mio dränge jedoch darauf, Prozesse zu optimieren und neue Konzepte durchzusetzen, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erwirtschaften. Kreisrätin Dr. Ulfert bedauert, dass der Bericht noch keinen konkreten Zeitplans für das neue Medizinkonzept beinhalte. Sie erwarte, dass die bereits installierten und beschlossenen Maßnahmen bis dahin weiter umgesetzt werden. Für den Kreishaushalt stelle sich die Lage noch ungünstiger dar, da sich nach Einberechnung der Belastungen aus dem Neubau, der Fehlbetrag auf 28 Mio. Euro summiere, welchen der Kreis ausgleichen müsse. Jedoch bliebe die Krankenhausfinanzierung ein ungelöstes Problem im Land und halte nicht mit der Entwicklung der Medizin stand. Der Haushalt bleibe durch den kostenträchtigen Neubau auf viele Jahrzehnte belastet. Deshalb müsse eine Lösung gefunden werden, wie diese Last abgetragen werden könne bzw. was eine hervorragende und tragbare, medizinische Versorgung der Bürger wert sei.

Das wichtigste Anliegen sei aber das Wohlergehen der Patienten. Hierzu stelle sich die Frage, wann die räumlich und strukturell verbesserte Notaufnahme noch effizienter die Notfallversorgung vorhalten werde. Weiter wichtig sei, wie Beschäftigte gehalten und gewonnen werden könnten. Was wird dafür getan und könne die Produktivität erhöht werden, ohne z.B. zu Lasten der Pflege zu gehen? Sie betont außerdem, dass im Inneren, in Prozessen, Verwaltung und Personal Maßnahmen zur Verbesserung durchgeführt werden müssen. Man habe ein neues Krankenhaus gebaut, aber wir haben in der Vergangenheit vielleicht zu wenig im Inneren, in Prozessen, Verwaltung, Personal gebaut, auch das ist nachzuholen. Ihre Fraktion sehe gewisse Fortschritte, wenn es dann noch gelinge Patienten und Finanzen zu heilen, dann werde es hoffentlich ein erfolgreicher Sanierungsprozess.

Kreisrat Möhlmann stellt für die SPD-Fraktion fest, dass das Jahresergebnis 2015 der Kliniken besser als erwartet sei, jedoch trotzdem ein Defizit von über 28 Mio. Euro aufweise. Allerdings hätten, nach den bekannten Bau- und Startschwierigkeiten des neuen Klinikums in Winnenden, beide Standorte im vergangenen Jahr mit 12% ein deutliches Leistungswachstum und damit verbunden eine deutliche Ergebnisverbesserung des Klinikbetriebs erreichen können. Die Auslastung beider Standorte sei hoch. Aber auch 2016 würden die Zeichen auf weiterem Wachstum stehen. Dies verdeutliche die Ermittlung des Marktpotentials im Landkreis oder wie viele Menschen, die sich bislang in anderen Kliniken außerhalb des Kreises behandeln ließen, noch erreichbar seien. Das seien viel bessere Voraussetzungen für die Entwicklung der Kliniken, als noch im letzten Jahr angenommen. Für die SPD-Fraktion sei dies ein gutes und wichtiges Signal auch an die Beschäftigten der Kliniken, die man auch weiterhin brauche und denen der Erfolg beim Leistungszuwachs zu verdanken sei. Auch in Zukunft sei notwendig, den Klinikbetrieb durch den Landkreis und damit durch die Kommunen finanziell zu unterstützen. Er betont, dass dies auch bei anderen Landkreisen der Fall sei. Dennoch müsse es das Bestreben sein, die Last für den Landkreis zu minimieren.

Kreisrat Sailer, Fraktion der Freien Wähler, bedankt sich bei der Geschäftsführung, insbesondere bei Herrn Dr. Nickel für die umfassende und offene Berichterstattung. Er merkt an, dass nun weitere wirtschaftliche Potentiale zu erkennen und diese auszubauen seien. Dabei müsse das Wohl der Patienten im Mittelpunkt stehen. Es solle auch gemeinsam mit der Ärzteschaft die Medizinstrategie zum Wohle der Bevölkerung im Rems-Murr Kreis weiterentwickelt werden.

Kreisrat Messinger bedankt sich namens der Fraktion Bündnis 90/Grüne bei Herrn Dr. Nickel für dessen großes Engagement bei der Konsolidierung des Betriebs der Rems-Murr-Kliniken, aber auch bei der ganzen Belegschaft der Kliniken, die sich tagtäglich für das Patientenwohl einsetzen.

Er gibt zu bedenken, dass nach wie vor eine große Belastung des Kreishaushalts durch das Defizit von 28 Mio. Euro zu tragen sei. Jedoch sei es sehr erfreulich, dass sich die Verluste beim operativen Ergebnis reduzieren. Nun müsse das Medizinkonzept weiterentwickelt und abgerundet werden, damit die Frage der Standortentwicklung, vor allem auch mit Blick auf Schorndorf, gut gelöst werden könne. Besonders wichtig sei nach seiner Ansicht die Patientenzufriedenheit und in gleicher Weise auch die Mitarbeiterzufriedenheit. Wenn dies nicht gelingen sollte, würde auch eine weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Situation oder der medizinischen Qualität nichts nützen. Kreisrat Messinger signalisiert, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag in der Vorlage zustimme.

Kreisrat Dr. Weigold bedankt sich für die FDP-FW-Fraktion bei Herrn Dr. Nickel, der Ärzteschaft und dem Gesamtpersonal. Er kritisiert, dass die Klinik in Schorndorf in Frage gestellt worden sei, was seine Fraktion nicht akzeptieren können. Schließlich habe man als kommunaler Träger der Sicherstellungsauftrag übernommen und sei verantwortlich für das gesundheitliche Konzept sowie für das Funktionieren der Kliniken. Auch wenn die Komfortstation in Winnenden anfangs nicht ganz ernst genommen worden sei, hätten nun im letzten Jahr Einnahmen in Höhe von 1,2 Mio. Euro generiert werden können. Dies sei ein Signal, dass in Schorndorf mit allem Nachdruck auch die Komfort- und Wahlleistungsstation bis Oktober fertig gestellt werden sollte, Erfreulicher Weise sei der Personalkostenanteil, der 2014 noch 80% betragen habe, auf 73 % zurückgegangen. Laut Herr Dr. Nickel könne evtl. ein positives Ergebnis erreicht werden, wenn eine Reduzierung erreicht werde. Es gehe dabei aber nicht um Personalabbau, sondern darum, klare Strukturen herauszuarbeiten und das Personal an der richtigen Stelle einzusetzen. So müssten Doppelstrukturen vermieden und Abläufe verbessert werden, um mit dem jetzigen Personal weitere Leistungen erbringen und den Umsatz erhöhen zu können. Ein besonderes Anliegen sei ihm, dass für die baulichen Veränderungen ein klares Konzept entwickelt werde, insbesondere was die Kosten betreffe. Er erinnere daran, dass die Fassadensanierung in Schorndorf mit 5,5 Mio. Euro kalkuliert gewesen sei und diese um beinahe 1/3 teurer geworden sei. Außerdem seien die Baucontainer nicht in der Leistungsbeschreibung enthalten gewesen. Dies müsse künftig vermieden werden. Insgesamt sei man jedoch auf dem richtigen, wenn auch schwierigen Weg und die beiden Rems-Murr-Kliniken seien für die Zukunft gut gerüstet.

Kreisrat Gruber teilt die Ansicht von Kreisrat Dr. Weigold, dass Doppelstrukturen vermieden werden sollen. Er frage sich allerdings, ob es sich bei einer Komfortstation für Schorndorf genau darum handele und wie dies in wirtschaftlicher Hinsicht zu betrachten sei. Er weist zudem darauf hin, dass die Kliniken ein postoperatives Defizit von über 19 Mio Euro aufweisen würden, obwohl 2008, für 2015 insgesamt ein Defizit von 2 Mio. Euro prognostiziert worden sei. Dabei seien in den Entschei-

dungsunterlagen von 2008 für Zins und Tilgung bis 2032 ein Betrag von 14,5 Mio. Euro festgelegt wurden. Er wolle daher wissen, ob im Betrag von 19 Mio. Euro nur Zins und Tilgung enthalten seien oder ob auch andere Posten miteingerechnet seien. Ihn interessiere außerdem, ob dieser Betrag höher sei weil sich die Baukosten erhöht hätten und ob dieser den Landkreis bis 2032 oder länger begleiten werde.

Geschäftsführer Dr. Nickel antwortet, dass 10% der Patienten privat versichert seien und weitere 10% eine Zusatzversicherung abgeschlossen hätten. Diese Patienten würden daher auch eine Komfortstation in Schorndorf erwarten. Bezüglich des Defizits in Höhe von 19 Mio. Euro seien die Einschätzungen von 2008 sehr optimistisch gewesen. Die Baukosten in Höhe von 312 Mio. Euro inkl. Verwaltung abzüglich des geförderten Anteils von 80 Mio. würden somit ein eigenfinanziertes Delta in Höhe von 232 Mio. Euro bedeuten. Dies sei in der damaligen Planung nicht so berücksichtigt worden. Die 19 Mio. Euro würden somit die Abschreibung von 232 Mio. Euro über 40 Jahre enthalten sowie Zins, Tilgung und Steuern. Den Betrag werde man auch in den nächsten Jahren zu tragen haben. Die operative Ergebnis betrage hochgerechnet für 2016, -6,5 Mio. Euro. Es müsse daher in den nächsten Jahren nicht nur ein positiver Betrag erwirtschaftet werden, sondern es müsse auch ein Millionenbetrag erreicht werden, um einen Beitrag zu Verringerung dieser 19 Mio. Euro zu leisten. Dies könne konkretisiert werden, wenn die Medizinstrategie feststehe, mit dem medizinisch und wirtschaftlich sinnvollen Angebot.

Kreisrat Fazio merkt an, dass er die gesunkenen Personalkosten von 80% auf 75% kritisch sehe, da bei gleichbleibendem Personalbestand mit zusätzlichen Aufgaben, erhöhte Stresssituationen hervorgerufen werden und darunter die Qualität leide.

Herr Dr. Nickel betont, dass kein Personal abgebaut werde, sondern man dringend nach Fachkräften suche und entsprechende Programme hierfür aufbaue.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig bei 1 Enthaltung:

Weisung an den Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Rems-Murr-Kliniken gGmbH entsprechend der Darstellung in Drucksache 2016-68a abzustimmen.

e) Abfallwirtschaftsgesellschaft des Rems-Murr-Kreises mbH

Geschäftsführer Braune erläutert die Geschäftstätigkeit der Abfallwirtschaftsgesellschaft (AWG) anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Sczuka bedankt sich bei der Herrn Balthasar und Herrn Geißler sowie allen Beschäftigten der AWG. Er erklärt, dass die CDU-Fraktion auf eine Stellungnahme, aufgrund des sehr guten Ergebnisses der AWG, verzichte.

Kreisrat Riedel spricht der Geschäftsführung der AWG den Dank der SPD-Fraktion aus. Er lobt das positive Ergebnis und die erfolgreiche, effiziente und effektive Arbeit der AWG. Nicht optimal laufe die technische Seite der Biomüllvergärungsanlage. Hier wünsche sich seine Fraktion einen Endpunkt, um die Risiken zu beseitigen. Kritisch gesehen werde auch die Behälterleerung im Entsorgungsgebiet Waiblingen. Es stünden auch verschiedene Zukunftsaufgaben an. Im Vergleich zu anderen Landkreisen seien die günstigen Müllgebühren der AWG jedoch sehr vorteilhaft für die Bürgerinnen und Bürger. Es müsse aber in der nächsten Aufsichtsratssitzung ein genauerer Blick auf die Rücklagen und die dafür vorgesehenen Sanierungen der Deponien geworfen werde, auch in steuerlicher Hinsicht. Nachdem die AWG ein geführter Betrieb sei, stelle sich die Frage, ob man daran etwas ändern solle.

Kreisrat Ulrich, Fraktion der Freien Wähler, bedankt sich bei allen Beschäftigten der Abfallwirtschaft für ihre engagierte Arbeit. Er lobt den Service und die Dienstleistungen der Abfallwirtschaft des Rems-Murr-Kreis, die sich auf einem sehr hohen Niveau bewegen. Er führt aus, dass die Freie Wähler Fraktion einer neuen Rechtsform der Abfallwirtschaft, als Kommunalanstalt des öffentlichen Rechts, offen gegenüber stehe. Zunächst solle jedoch eine verbindliche Auskunft des Finanzamts bezüglich der finanziellen Vorteile eingeholt werden, auch wenn dies mit einem gewissen Aufwand verbunden sei. Sobald ein Ergebnis bekannt sei, solle zeitnah in der Abfallkommission darüber weiterberaten werden. Man setze darauf, dass in einer Kommunalanstalt die Aufgaben der Gesellschaft sowie des Amtes operativ zusammengeführt werden und, dass alle Beteiligten auch aus der Verwaltung in die Entscheidungsfindung eingebunden werden und effizient zusammenwirken sollen. Wenn es dazu komme, müssten Doppel- und Parallelstrukturen entfallen. Er betont auch, dass wichtige abfallpolitische Entscheidungen, beispielsweise der Entsorgungsvertrag mit Stuttgart, Fragen zur Verwendung der Mittelrücklage und andere wichtige Inhalte des Abfallwirtschaftskonzeptes, weiterhin Angelegenheit des Kreistages bleiben sollen. Die internen Geschäfte der laufenden Verwaltung könnten dagegen, soweit es sich finanziell dauerhaft rechne, in einer Kommunalanstalt gebündelt werden.

Kreisrätin Heß-Naundorf, Fraktion Bündnis 90/Grüne, lobt die positive Bilanz der AWG sowie die hohen Erlöse aus den Wertstoffsammlungen, den Deponien und mit der Stromerzeugung der Biovergärungsanlage. Sie lobt auch den nachhaltigen und dennoch wirtschaftlichen Umgang der AWG mit den Kreisressourcen. Anzunehmen sei jedoch, dass es für die Umwelt und das Klima erträglicher sei, wenn die Wertstoffe nicht zuerst weggeworfen und dann wieder eingesammelt werden müssten. Ein Umdenken und vor allem ein nachsichtiges Verhalten bezüglich produzierter und konsumierter Produkte sollte daher ein allgemeines Anliegen sein. Dem könne mit Ideen, wie z.B. Werbespots auf Müllfahrzeugen oder „Repair-Cafes“ einen Schritt näher kommen. Da die Lebensraumvernichtung eine der Hauptursachen des Artensterbens sei, müssen die geschützten Tierarten vor der noch auszuführenden Oberflächenabdichtung auf den Deponien umgesiedelt werden. Sie bitte um Auskunft, ob damit schon begonnen worden sei. Frau Heß-Naundorf verweist außerdem darauf, dass ein gewisses Risiko bezüglich höherer Sammelkosten aus Mehrmengen beim Rest- und Biomüll, sowie Umsatzschwankungen bei Erdaushubannahme und Deponiebaumaterial bzw. der Annahme von gewerblichem Grüngut vorhanden sei und beachtet werden müsse. Eventuell höhere laufende Geschäftsbetriebskosten der Wertstoffsammlungen können durch Nebenerträge ausgeglichen werden. Laut Geschäftsbericht erfülle die AWG ihre Aufgaben bei der Deponieinstandhaltung, weshalb z.B. die Risiken bezüglich Boden-, Wasser- oder Luftverschmutzung als gering einzuschätzen seien, zumal sie auch versicherungstechnisch abgesichert sei. Auch könnten evtl. höhere laufende Geschäftsbetriebskosten bei den Wertstoffsammlungen durch Nebenerträge ausgeglichen werden. Ihre Fraktion bitte ferner noch um eine kurze Stellungnahme zur Klärschlamm-trocknung.

Kreisrat Hofer bedankt sich namens der FDP-FW-Fraktion bei Herrn Balthasar und der Mitarbeiter-schaft für die geleistete Arbeit. Die Abfallwirtschaft Kreis belege im Vergleich zu den anderen Landkreisen die Spitzenposition hinsichtlich der angebotenen Dienstleistungen, des Umwelt- und Klimaschutzes sowie der Gebührenhöhe. Er bedanke sich auch bei den Mitarbeitern/innen des Abfallwirtschaftsamtes im Rems-Murr-Kreis für die hervorragende Zusammenarbeit mit der AWG. Es werde auch noch versucht, weitere Verbesserungen zu machen, auch wenn sich gezeigt habe, dass für eine zusätzliche Altkleidersammlung durch die AWG kein Bedarf seitens der Bürger und Bürgerinnen bestehe, da häufig Altkleider an gemeinnützige Organisationen gespendet werden. Bezüglich der Rechtsformänderung in eine Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts, merkt Kreisrat Hofer kritisch an, dass bei Wirtschaftsunternehmen oft angeprangert werde, wenn diese versuchen würden, Steuern durch rechtliche Konstruktionen zu vermeiden. Nun sei festzustellen, dass sich die öffentliche Hand auch so verhalte. Er gebe zu bedenken, dass die Steuereinnahmen eigentlich der Gesellschaft zu Gute kommen sollten. Deshalb solle nur bei nachhaltigen und erheblichen Vorteilen eine Kommunale Anstalt gegründet werden. Bei einer möglichen Änderung der Organisationsform verlangt Kreisrat Hofer intensivere Berichterstattung der Geschäftsführung, um sinnvolle Weisungen an Herrn Landrat erteilen zu können.

Landrat Dr. Sigel antwortet auf Frage von Kreisrat Härtner eine Verlängerung der Deponieöffnungszeiten am Samstag werde geprüft. Er antwortet Kreisrätin Heß-Naundorf, an einer Lösung für die technischen Probleme im Zusammenhang mit der Klärschlamm-trocknung werde bereits gearbeitet.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig:

Weisung an den Vertreter des Landkreises, in der Gesellschafterversammlung der Abfallwirtschaftsgesellschaft des Rems-Murr-Kreises mbH, Waiblingen, entsprechend der in der Zusammenfassung in Drucksache 79a dargestellten Absicht abzustimmen.

Auszüge:

- 1 Dezernat 1
- 1 Amt für Finanzen und Beteiligungen
- 1 Kreisbaugruppe
- 1 Rems-Murr-Kliniken
- 1 Abfallwirtschaftsgesellschaft

§ 7

Nachtrag zum ÖPNV-Vertrag zwischen der Stadt Stuttgart und den Verbundlandkreisen
Drucksache 2016-75-UVA11.07.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksachen.

Verkehrsdezernent Dr. Zaar weist darauf hin, dass die Auflistung der den Rems-Murr-Kreis betreffenden Linien nicht vollständig sei. Neben den zwei Buslinien 58 und 60, sei auch die Stadtbahnlinie U 1 betroffen.

Ohne weitere Beratung beschließt der Kreistag einstimmig bei 2 Enthaltungen:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreistag, dem 2. Nachtrag zum Vertrag über die Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs zwischen der Landeshauptstadt Stuttgart und den Verbundlandkreisen (ÖPNV-Vertrag) zuzustimmen.

Auszüge:

1 Amt für ÖPNV

§ 8

Umrüstung des Drehfunkfeuers für die Flugsicherung im Zusammenhang mit der Genehmigung von Windkraftanlagen

Drucksache 2016-80-KT18.07.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Dezernent Dr. Zaar erläutert die Drucksache 2016-80.

Herr Mehnert, Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW), erläutert den Zusammenhang zwischen Drehfunkfeuer und Windenergieanlagen anhand einer Präsentation, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Kreisrat Messinger bedankt sich bei der Landkreisverwaltung und Mehnert dafür, dass sie sich intensiv mit dem Antrag der Fraktion B90/Die Grünen vom 08.04.2016 befasst und die Thematik zur Flugsicherung und Genehmigung von Windkraftanlagen aufgearbeitet habe. Der Antrag vom 08.04.2016 zielte darauf ab, durch eine baldmöglichste Modernisierung der Flugsicherungsanlage LUBU Affalterbach die Genehmigungsfähigkeit der geplanten Windkraftanlagen Zollstock-Springstein im Raum Backnang/Murrhardt herbeizuführen. Es stehe dabei außer Frage, dass die Genehmigung von Windkraftanlagen die Flugsicherheit nicht gefährden dürfe. Die Ausführungen hätten deutlich gemacht, dass eine Modernisierung der Anlage die Genehmigungswahrscheinlichkeit erhöhen würde. Grund dafür sei, dass sich der Anlagenschutzbereich von 15 auf 10 km reduziere und eine deutlich verbesserte Messtechnik habe. Interessant sei, dass der Einfluss von Windrädern überschätzt worden sei und die jeweiligen Umstände betrachtet werden müssten. Er bitte zu beachten, dass in 81 % der Genehmigungsfälle positive Stellungnahmen durch die DSF erfolgt seien. Mit Bedauern nehme man zur Kenntnis, dass nach heutigem Planungsstand die Altanlagen erst ab 2020 erneuert werden sollen. Er bitte hierzu um Auskunft, ob es schon eine Stellungnahme des BAF zu den laufenden Genehmigungsverfahren gäbe bzw. bis wann damit zu rechnen sei. Außerdem wolle er wissen, wie die Unterstützung der Antragsteller durch das Landratsamt aussehe, da dies für den Klimaschutz und wirtschaftlich von Bedeutung sei. Ferner interessiere ihn, bis wann mit einer Entscheidung des Landratsamtes zum laufenden Genehmigungsverfahren für die Anlagen am Zollstock-Springstein zu rechnen sei. Ferner, welche Möglichkeiten die Landkreisverwaltung sehe, die von der DFS erst für das Jahr 2020/2021 geplante Modernisierung zu beschleunigen und ob es die Möglichkeit gäbe, dass sich die Investoren hinsichtlich einer schnelleren Modernisierung der

Flugsicherungsanlage finanziell beteiligen? Kreisrat Messinger kritisiert, dass in der Vorlage der Verwaltung der Aspekt des Klimaschutzes fehle. Dies sei der Ausgangspunkt für den Antrag seiner Fraktion gewesen, auch wegen des Bemühens von Investoren und Bürgerenergiegenossenschaften. Deshalb sollen nicht nur Genehmigungsfragen behandelt werden, vielmehr müssten auf der Grundlage des vom Kreistag beschlossenen Klimaschutzkonzeptes Maßnahmen umgesetzt werden, die im 5-Jahres Turnus zu einer CO₂-Reduzierung von 10% führen. Deswegen solle man sich mit 3 Fragen befassen. Wie sieht es mit der Einhaltung der Ziele des im Jahr 2012 im Kreistag beschlossenen Klimaschutzkonzeptes konkret aus und ob der Landkreis zum gegenwärtigen Zeitpunkt hinsichtlich der geplanten CO₂-Einsparung im Zielbereich läge. Falls das Ziel der CO₂-Einsparung noch nicht ausreichend erreicht wurde, benötige der Landkreis ein Maßnahmenkonzept, das diese Lücke im Jahr 2017 schließen könne.

Kreisrat Sczuka bedankt sich für die umfassende Information zu dem Thema. Allerdings sei nochmals deutlich geworden, dass der Rems-Murr-Kreis und der Kreistag nicht zuständig seien. Der Kreisverwaltung seien aber zahlreiche Fragenkataloge zugetragen worden. Besser wäre es, wenn sich die Verwaltungskräfte auf eine zügige Antragsbearbeitung von konkreten Windkraftprojekten konzentrieren könnten. Bedauerlicherweise sei auch seine Fraktion bei diesem Thema häufig unseriös und provokativ als Klimaschutzgegner angegangen worden. Kreisrat Sczuka weist darauf hin, dass die Problematik im Zusammenspiel von WKA und (D)VOR sich aus den Reflektionen der Windflügel ergebe. Eine Umrüstung bedeute deshalb nicht automatisch eine höhere Genauigkeit, denn die Reflektionsproblematik bestehe weiterhin. Insofern sei es nicht richtig, von einem „Sicherheitsgewinn“ zu reden oder einer höheren Genauigkeit. Auch weiterhin müsse jeder Einzelfall betrachtet werden. Er betont, dass die Entscheidung, ob Flugsicherungseinrichtungen gestört werden können, nicht in der Zuständigkeit des Landratsamts liege. Kreisrat Sczuka fordert, dass die berechtigten Interessen aller Beteiligten sowie der Bürgerinnen und Bürger in der Nähe solcher Anlagen ordnungsgemäß abgewogen werden.

Kreisrat Riedel bekräftigt, dass sich die SPD-Fraktion weiterhin mit der Thematik beschäftigen werde. Er erinnert an das gemeinsam erarbeitete Klimaschutzkonzept für den Rems-Murr-Kreis und kritisiert, dass sich einzelne Kreistagsmitglieder z.B. beim Thema „Windkraft“ von diesem verabschieden. Er vermisse Begeisterung und Empathie für diese Zukunftstechnologie. Die Verwaltung und der Kreistag seien aufgefordert, die politischen Rahmenbedingungen und Bürgerprojekte für solche Anlagen nach ihren Kräften zu unterstützen. Durch moderne Drehfunkfeuer-Anlagen gäbe es nun die Chance die Schutzzonen zu verkleinern und damit die Chancen für Windkraftanlagen zu vergrößern. Investoren von Windkraftanlagen hätten sogar ihre Bereitschaft, sich an den notwendi-

gen Investitionen zu beteiligen, signalisiert. Wenn dem so sei, läge es in der Pflicht von Verwaltung und Kreistag, dies zu unterstützen und die Beteiligten an einen Tisch zu bringen, um eine rasche Umsetzung zu ermöglichen. Kreisrat Riedel bittet Landrat Dr. Sigel darum, diesen „Runden Tisch“ im Kreis zu initiieren und damit die Möglichkeit zur Bündelung der Kräfte für eine dezentrale Versorgung mit alternativen Energien auch in Bürgerhand im Rems-Murr-Kreis zu ermöglichen.

Kreisrat Hesky begrüßt den Austausch des veralteten Drehfunkfeuers gegen eine moderne Doppleralanlage durch die Deutsche Flugsicherung, da durch die Modernisierung, Bauwerke über 100 Meter Höhe näher an die Drehfunkfeuer heranrücken können. Die Sanierungsliste der DFS sei für regionalplanerische Belange von großem Interesse, da dies bedeute, dass Standorte, die wegen der Flugsicherung im 10 bis 15 Kilometer Abstand kritisch bewertet wurden, nun größere Chancen haben, im künftigen Regionalplan, Teilplan Windenergie, verankert zu werden. Ein Freibrief sei das Doppler-Drehfunkfeuer allerdings nicht. Die anstehende Durststrecke bis zum Jahr 2020/2021 gelte es nun zu überstehen. Es bleibe auch abzuwarten, welche Überraschungen es im Bereich regenerative Energien bis dahin noch anstehen. 2022 sei auch der Zeitpunkt für die Abschaltung der Kernkraftwerke. Er betont, dass mit den Ausbaupotentialen der natürlichen Ressourcen nicht sorglos umgegangen werden dürfe und kleinzureden seien. Es müssten jetzt alle Planungen vorgenommen werden, um diese Schätze der Natur zu sichern. Die technischen Entwicklungen bei den Drehfunkfeuern und bei den Windenergieanlagen dürften nicht unbeachtet bleiben. Er kritisiert jedoch, dass laut Aussage der DFS, ein „unverbindlicher Zeitplan“ zur Sanierung bestehe. Kreisrat Hesky fordert, dass die DFS diesen Plan aus Flugsicherungsgründen zeitgerecht umsetzt.

Kreisrat Haußmann bedankt sich bei der Verwaltung für die detaillierten Informationen. Die FDP-FW-Fraktion fühle sich darin bestätigt, dass bei der Entscheidung, ob der Windradabstand zu Drehfunkfeuern sicher genug sei, das Bundesamt für Flugsicherung sich ausschließlich auf die Deutsche Flugsicherung stütze. Dies sei auch gut so, denn die Sicherheit der Flugpassagiere habe oberste Priorität. Die Präsentation der LUBW habe auch gezeigt, dass bei einer Umstellung auf die moderneren Doppler-Drehfunkfeuer, nicht automatisch eine Reduzierung der Abstandsregelung von 15 auf 10 Kilometer einhergehe. Viele weitere Faktoren seien dabei maßgebend und in jedem Falle immer Einzelfallentscheidungen. Er verweist außerdem auf den eingebrachten Antrag der FDP-FW-Fraktion zum Genehmigungsstand von Windkraftanlagen im Kreis. Er bitte zu beachten, dass Windkraftanlagen nicht grundlastfähig seien und mit zunehmendem Zubau, umfangreiche Back-up-Kapazitäten mangels Speichermöglichkeit bedürfen. Seiner Ansicht nach, gäbe es im windarmen Baden-Württemberg auch andere alternative Lösungen.

Kreisrat Kober bedankt sich bei Herrn Dr. Zaar und Herrn Mehnert für die umfassende Information. Er führt aus, dass der Landkreis sich für die Einhaltung der Ziele des im Jahre 2012 verabschiedeten Klimaschutzkonzeptes einsetzen müsse, zumal Investoren signalisieren würden, dass sie sich bei der Finanzierung von Windkraftanlagen beteiligen würden. Kreisrat Kober führt zudem auf, dass energetisch sanierte Wohnungen höhere Mieten verursachen würden, als Wohnungen, die mit regenerativem Strom versorgt würden, sofern der Strompreis nicht künstlich erhöht werde. Er sei damit einverstanden, dass die weitere Sachdebatte im UVA geführt werde.

Herr Mehnert antwortet auf Frage von Kreisrat Heide, dass die Flügel von Windkraftanlagen aus Kunststoff bestehen würden.

Landrat Dr. Sigel stellt einvernehmlich fest, dass sich die Anträge von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke erledigt hätten. Die in der heutigen Sitzung aufgeworfenen Fragen würden im Umwelt- und Verkehrsausschuss vertieft.

Der Kreistag nimmt den Planungsstand der Deutschen Flugsicherung GmbH zur Modernisierung des UKW-Drehfunkfeuers in Affalterbach zur Kenntnis.

Auszüge:

1 Dezernat 3

1 Amt für Umweltschutz

§ 9

Verschiedenes

Auf Frage von Kreisrat Fazio antwortet Landrat Dr. Sigel, die Kreisverwaltung arbeite nachdrücklich an einer Lösung, dass auch die in der Sporthalle des BSZ WN untergebrachten Flüchtlinge baldmöglichst in andere Unterkünfte umziehen können.

Auszüge:

1 Dezernat 2

1 Amt für besondere Hilfen und Flüchtlinge

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert